

# PROVISORISCHE VOLKSKAMMER DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

9. Sitzung

Freitag, den 20. Januar 1950

*Beginn der Sitzung: 10.45 Uhr*

Anwesende Mitglieder der Regierung:

Stellv. Ministerpräsident Prof. Dr. Kästner  
Stellv. Ministerpräsident Nuschke  
Stellv. Ministerpräsident Ulbricht  
Minister Dr. Bolz  
Minister Burmeister  
Minister Dertinger  
Minister Fechner  
Minister Handke  
Minister Rau  
Minister Selbmann  
Minister Steidle

Bekanntgabe und Genehmigung der Tagesordnung S. 163

Entschließung gegen die Besetzung des Gebäudes der Reichsbahndirektion Berlin..... S. 163

Abg. Prof. Dr. Brugsch (Kulturb./DFD/  
WN)..... S. 163

Beschluß:

Die Provisorische Volkskammer schließt sich dem Protest des Ausschusses der Nationalen Front der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik einstimmig an.

## Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1950

Bericht des Wirtschaftsausschusses über die Beratung der Regierungsvorlage (Drucksache Nr. 36)..... S. 164

Abg. Wessel (SED), Berichterstatter . S. 164

Beschluß:

Das Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1950, Drucksache Nr. 32, wird in zweiter Lesung in der durch den Antrag des Wirtschaftsausschusses — Drucksache Nr. 36 — und die Ergänzungen des Berichterstatters abgeänderten Fassung einstimmig angenommen.

Bekanntmachungen..... S. 168

Entschuldigungen  
Mitteilung über Konstituierung des Ausschusses für Arbeit und Gesundheitswesen  
Sitzungstermine des Haushalts- und Finanzausschusses

Mitteilung über Überweisung des Abgabengesetzes an den Haushalts- und Finanzausschuß

Hinweis des Präsidenten, betr. Nationalhymne der Deutschen Demokratischen Republik..... S. 168

*Ende der Sitzung: 11.39 Uhr*

## Präsident Dieckmann:

Die 9. Vollsitzung der Provisorischen Volkskammer ist eröffnet.

Die Tagesordnung liegt den Mitgliedern des Hauses vor. Sie umfaßt nur einen Punkt, und zwar

Bericht des Wirtschaftsausschusses über die Beratung der Regierungsvorlage zum Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1950<sup>4</sup> (Drucksache Nr. 36).

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben? — Ich stelle das fest. Damit ist die Tagesordnung genehmigt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hat das Mitglied der Fraktion des Kulturbundes usw., Herr Abgeordneter Prof. Dr. Brugsch, der Vorsitzende des Ausschusses der Nationalen Front der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, um das Wort zur Abgabe einer Erklärung gebeten. Ich erteile ihm das Wort.

## Abg. Prof. Dr. Brugsch (Kulturb./DFD/VVN):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem Hohen Hause ist wohl der Vorfall vom 17. Januar bekannt, als ein Kommando von 150 Angehörigen der Westberliner Polizei gegen 19 Uhr einen provokatorischen Überfall auf das Gebäude der Reichsbahndirektion Berlin am Schöneberger Ufer durchführte. Gegen diesen gewaltsamen Überfall hat nun das Präsidium des Berliner Ausschusses der Nationalen Front für Einheit und gerechten Frieden in seiner Sitzung am 19. Januar Stellung genommen in Form eines Protestes, den ich Ihnen verlesen muß:

Die Besetzung des Gebäudes der Reichsbahndirektion am Schöneberger Ufer am Dienstag, dem 17. Januar, erfolgte eindeutig im Auftrage des amerikanischen Sektorenkommandanten Taylor und stellt einen erneuten Bruch des Viermächteabkommens über den Eisenbahnverkehr in Berlin durch die Dienststellen der amerikanischen Besatzungsmacht dar.

Mit dem Überfall auf das Verwaltungsgebäude der Reichsbahndirektion ist das gesamte Netz der Bahnsicherungsanlagen der Kontrolle der Fachkräfte der Reichsbahndirektion entzogen worden. Die Reichsbahndirektion Berlin hat somit nicht mehr die Möglichkeit, das BASA - Netz uneingeschränkt zu benutzen. Die Sicherheit des Eisenbahnverkehrs ist nicht mehr gewährleistet, und es besteht die Gefahr von Katastrophen.

Um dieser Gefahr vorzubeugen, hat die Reichsbahndirektion aus Gründen der Sicherheit für Menschenleben den Bahnverkehr eingeschränkt. Die amerikanische Provokation ist ein offen zugegebener Angriff gegen die werktätige Bevölkerung von ganz Berlin, die einen Anspruch auf ordnungsgemäße und sichere Beförderung hat.

Das Präsidium des Ausschusses der Nationalen Front der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik erhebt schärfsten Protest gegen alle Maßnahmen, die die Sicherheit und das Leben der Berliner Bevölkerung gefährden und dazu beitragen, die Spaltung der Stadt zu verschärfen.

Das Präsidium fordert die Einhaltung des Viermächteabkommens über den Eisenbahnverkehr in Groß-Berlin und die Rückgabe des Verwaltungsgebäudes an die Reichsbahndirektion durch die amerikanische Besatzungsmacht, um einen geordneten Eisenbahnverkehr wiederherzustellen.